Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 1 (1981)
Heft: 1

Artikel: Überlegungen zur Krise der Linksparteien
Autor: Küng, Ruedi
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-651560

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ruedi Küng

ÜBERLEGUNGEN ZUR KRISE DER LINKSPARTEIEN

Es kann nicht die Aufgabe eines Einzelnen, der nicht einmal Mitglied einer Partei ist, sein, die wichtigsten Aufgaben der Linksparteien in der gegenwärtigen Situation zu benennen. Es werden von den linken Parteien viele wichtige Fragen aufgeworfen, für viele Probleme Lösungen gesucht, es wird eine Arbeit geleistet, die man als wichtig und nützlich betrachten kann, aber in jedem Fall einzeln analysieren muss. Wenn ich trotzdem auf die Fragen nach "Möglichkeiten und Grenzen der Parteien" eingehen möchte, so geschieht dies aus der Überzeugung, dass die Linksparteien sich in einer **Krise** befinden, in einer Krise, die keine Erfindung des politischen Gegners, und auch nicht eine bloss vorübergehende Krise ist; dass es sich vielmehr um eine Krise handelt, welche an die Substanz der linken Parteien geht und die von den Parteien selbst ernst genommen werden sollte. Ich bilde mir nicht ein, alle wesentlichen Faktoren, welche für die Krise verantwortlich sind, aufzuzeigen, geschweige, Lösungen anbieten zu können. Es scheint mir schon von Bedeutung, wenn sich die Linksparteien überhaupt auf eine Diskussion über die "Krise" einlassen.

Für viele aktive Genossen mag allein die Feststellung, die Parteien befänden sich in einer schweren Krise, befremdlich, wenn nicht defaitistisch wirken. Es wird sich zeigen, dass mit der Einschätzung, es sei von einer Krise der Parteien auszugehen, auch schon eine politische Position verbunden ist.

Die Krise der Parteien links von der SP (ich spreche hier also vor allem von POCH, PdA, PSA, SAP) manifestiert sich in ihrer numerischen Schwäche: die Parteien, welche das Beste für das Volk wollen, müssen hart um die Volksgunst buhlen, statt dass ihnen das Volk zuströmt. Die Parteien links von der SP kommen über ein paar wenige Prozente der Wählerstimmen nicht hinaus. Ihre Anhängerschaft ist zahlenmässig gering. Diese Feststellung ist so alt wie diese Parteien selbst, und sie steht hier nicht als Erkenntnisfortschritt. Sie soll vielmehr als Angelpunkt der Analyse der Parteienkrise benützt werden.

So fest die Tatsache der numerischen Schwäche auch in den Köpfen der Parteimitglieder sitzen mag, so ambivalent scheint mir die Auseinandersetzung der Parteien mit dieser Tatsache. Einerseits liebäugeln die Parteien bei Wahlen mit jedem Zuwachs in Promillegrösse, feiern Wahlsiege, die, betrachtet man die Zahlen mit einem historisch etwas weiten Blick, alles andere als Siege sind; anderseits verurteilt man die Spielregeln der Wahldemokratie mehr pauschal denn konkret als bürgerlich. Einerseits sucht man die Massen zu gewinnen, anderseits versteht man sich als Elite-Partei. Der springende Punkt dieser Ambivalenz scheint mir in der Konzeption der Partei als Elite zu liegen. Ein Zitat: *"Die Partei ist also eine Vereinigung der Elite. Aber diese Elite rekrutiert sich fortwährend aus dem Volk, sie ist mit dem Volk aufs engste verbunden. Sie kennt daher die Wünsche*

und Bedürfnisse des Volkes...". Das Zitat stammt aus dem Jahre 1951, Konrad Farner hat es von einem "Genossen im Direktionszimmer der 'Prawda' "übernommen. Wenn auch dieser Satz genau so in keinem Parteiprogramm vorkommt, so stellt doch die damit ausgedrückte Vorstellung einen festen Bestandteil des Parteienselbstverständnisses dar. Die Frage aber, warum das Volk nicht mitmacht, wo doch die Partei die Wünsche und Bedürfnisse des Volkes kennt, wird nicht mit der gebührenden Schärfe angegangen. Im Gegenteil: die Elite-Konzeption bringt die Gefahr mit sich, die eigene Haltung – offen oder unterschwellig – als die richtige, die des "dummen Volkes" als falsche ein für allemal abzustempeln.

Wenn die Frage, warum das Volk nicht "mitmacht", von den Parteien aber angegangen wird, dann bildet immer das Hauptargument der Hinweis auf die objektive Dominanz der bürgerlichen Kräfte. Mit dem Hinweis auf die bürgerliche ideologische Hegemonie kann etwa das Faktum beschrieben werden, dass vom Volk auch Initiativen, die grössere soziale Gerechtigkeit und materielle Vorteile bringen würden, verworfen werden. Bei solchen Niederlagen feiern die Linksparteien und Initiativkomitees den "ungewöhnlich hohen Stimmenanteil" **für** die Initiative, begründen den Umstand, dass es "nicht gereicht hat" mit dem Hinweis auf die ungeheuren materiellen Mittel der bürgerlichen Gegner, mit Klagen über die Knappheit der eigenen Mittel. Durch die Bombardierung mit der gegnerischen Lügen-Propaganda habe das Volk die Initiative nicht als fortschrittlich erkennen können.

So etwa lautet die Argumentation. Sie ist sicher nicht falsch. Das bedeutet allerdings nicht, dass sie auch die ganze Wahrheit ausmacht. Ich meine, dass sich in diesen Niederlagen bei Abstimmungen, mehr noch bei Wahlen und in der kleinen Anhängerschaft der Parteien, eine **Krise der Glaubwürdigkeit** der Linken manifestiert. Von einer Krise der Glaubwürdigkeit sprechen bedeutet, neben der objektiven Realität der bürgerlichen Dominanz (insbesondere im ideologischen Bereich) eine selbstverschuldete Schwäche der Linksparteien anerkennen. Von den vielen möglichen Gründen für die Tatsache, dass die Linksparteien in der Bevölkerung so wenig Glaubwürdigkeit geniessen, möchte ich zwei mir besonders wichtig scheinende hervorheben: Zum einen die Realität der sich sozialistisch nennenden Staaten und die Positionen zu ihr; zum anderen das Problem der Demokratie. Ich halte diese zwei Punkte für spezifisch linke Probleme, und lege gerade darum Wert auf sie, weil im allgemeinen Beklagen der Krise aller Parteien und des politischen Systems die **Selbstkritik** der Linken nicht untergehen darf.

Die "Sozialistischen Staaten"

Ein wesentliches Moment der Krise der Glaubwürdigkeit der linken Parteien sind die sich sozialistisch nennenden Staaten und Gesellschaften. Die aktuelle wie historische Realität der sozialistischen Gesellschaften bestimmt mehr als alle ideologischen Zukunftsträume die Glaubwürdigkeit der Linksparteien. Die

"Praxis" gilt in breitesten Volksschichten stärker als die "Theorie". Was wir hier unter der Fahne des Sozialismus - je nach Engagement - zu erwarten oder zu erkämpfen haben, "sehen" wir in den sozialistischen Ländern. Dieser Kurzschluss ist nicht so leicht zu entkräften. Zwar ist uns die Realität in den sozialistischen Ländern bloss vermittelt bekannt, vor allem durch die bürgerliche Presse, möglicherweise noch durch Kontrastschilderungen in Partei-Zeitungen. Die Verzerrung, welche die jeweilige Wirklichkeit dadurch erfährt, ist bedeutend. Sie kann aber nicht ausschliessliches Argument zur Begründung sein, dass die sozialistischen Länder keinen oder nur mehr einen **geringen positiven Symbolwert** haben. Weder kann all das, was wir aus unseren bürgerlichen Medien über die sozialistischen Länder wissen, als reine Anti-Propaganda abgetan werden, noch können wir das, was wir aus diesen Ländern als Informationen angeboten bekommen, für reine Information halten. Der Grund für die Tatsache, dass die Realität des Sozialismus umstandslos als Prüfstein unserer sozialistischen Losungen genommen wird, ist der Umstand, dass eine offensive, breite und intensive Auseinandersetzung mit den sozialistischen Gesellschaften durch die Parteien der Linken fehlt. Eine grundsätzliche Auseinandersetzung ist allerdings etwas anderes als die Kritik "im nachhinein": so wird zum Beispiel jetzt von gravierenden Mängeln und Fehlern in Polen gesprochen, während man jahrelang nur Gutes oder aber gar nichts über den polnischen Sozialismus vernommen hat.

Mit einer Auseinandersetzung, die nicht ein für alle mal geschehen kann, sondern ständige Herausforderung bleibt, würden die Linksparteien dem einschneidenden Faktum Rechnung tragen, dass für die Krise der Glaubwürdigkeit der Sozialisten und Kommunisten in der Schweiz auch der reale Sozialismus und Kommunismus, genauer, die in seinem Namen begangenen Verbrechen, Verrate, Fehler, nicht erreichten Ziele usf., verantwortlich sind. Der "proletarische Internationalismus" kann nicht dadurch überwunden werden, dass seine Bezeichnung aus den Programmen und Reden verschwindet: er kann nur überwunden werden durch eine frontale Auseinandersetzung mit dem "Modell des Sozialismus". Indem die Linksparteien eine aktive, permanente Auseinandersetzung mit den verschiedenen Erfahrungen und Zuständen der sozialistischen Länder führen, anerkennen sie die Tatsache, dass es **das** sozialistische Modell als Quelle aller sozialistischen Hoffnung in der heutigen Pluralität der Sozialismen nicht (mehr) gibt; zugleich befreien sie auch die Losung, jede Nation müsse ihren eigenen Weg zum und ihre eigene Art des Sozialismus finden, vom Geruch, hier würde wegen der Schwierigkeit des Problems aus der Not eine Tugend gemacht.

Diese Auseinandersetzung muss in einer Weise geführt werden, welche der Wahrheit die besten Chancen gibt: in einer Atmosphäre der Respektierung unterschiedlicher Meinungen, in einem Klima der Aufrichtigkeit und im Bestreben, die Realität dieser Gesellschaften in ihrer Vielfalt zu erkennen. Die Diskussion sollte dabei in einer Weise geführt werden, welche die schweizerischen Verhältnisse im Diskurs anwesend sein lässt. Es geht nicht um eine Qualifizierung fremder Zustände, die nichts mit uns zu tun hätten, von einer Position der Unverbindlich-

keit her.

An dieser Stelle ist ein kurzer Einschub nötig: Die SAP, vormals RML, hat sich von jeher um die Kritik an den sozialistischen Staaten bemüht, ohne damit allerdings ihr Ghettodasein überwinden zu können.Die Kritik der SAP am real existierenden Sozialismus hat sicherlich das Interesse vieler Linker an der SAP wachgehalten. Allerdings wurde diese Kritik von einer Position aus vorgetragen, für welche weitgehend das von mir zum zweiten Punkt meiner Überlegungen, zum Problem der Demokratie, Gesagte, zutrifft. Die frühere Bezeichnung der Organisation, Revolutionäre marxistische Liga, mag als Indiz für die Gültigkeit der im zweiten Punkt dargestellten Problematik genommen werden; eine Problematik, die auch nicht durch eine blosse Namensänderung zu unterlaufen ist. Zum Problem der Glaubwürdigkeit in breiteren Schichten möchte ich zudem darauf hinweisen, dass meines Erachtens die Identifikation der kommunistisch auftretenden Parteien mit dem real existierenden Sozialismus von einer (Splitter) Partei **allein** nicht aufgebrochen werden kann. Die Linke insgesamt ist so schwach, dass sie von einer breiteren Öffentlichkeit kaum differenziert wahrgenommen wird.

Ferner gilt grundsätzlich, dass ich meine Kritikpunkte nicht als Rezept verstehe, und dass die Erfüllung der zwei von mir hier genannten Forderungen sogleich den Massenerfolg bedeuten würde. Ich begreife meine Ausführungen in erster Linie als Problempunkte, welche ein schon bestehendes Umfeld der Linksparteien thematisieren. Dazu kommen freilich viele weitere Gründe für die Schwäche der Linken in der Schweiz, vor allem auch Gründe, die jenseits des Ideologischen liegen.

Das Problem der Demokratie

Der zweite Punkt, den ich im Zusammenhang mit der Krise der Glaubwürdigkeit der Linksparteien nennen möchte, ist das Fehlen einer praktischen Realisierung einer sozialistischen Ethik. Man gestatte mir diesen philosophischen Ausdruck, der mir jedoch angesichts der entweder pragmatischen oder aber militanten Ausdrucksweise der Linksparteien als notwendiges Gegengewicht erscheint.

Die Linksparteien berufen sich auf die marxistisch-leninistische Ideologie, eine Ideologie, welche sich martialisch gebärdet, dogmatisch, allwissend, unversöhnlich. Nähme man die Phraseologie des Klassenkampfes zu ihrem Nennwert, so müsste man in bezug auf die angestrebten Ziele (Revolution, Diktatur des Proletariates, usw.) die beinahe völlige Niederlage der schweizerischen Linken eingestehen. Sozialismus beinhaltet aber auch ethische Prinzipien: Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Brüderlichkeit, Wohlergehen. Dazu gesellt sich – seit je verbal seit längerer Zeit auch programmatisch – das Prinzip des demokratischen Wegs und Ziels. Mit der – hier notwendigen – Verkürzung könnte das Dilema der Linksparteien in bezug auf dieses Prinzip folgendermassen beschrieben wer-

den: einerseits hat der demokratische Weg noch immer den Beigeschmack von Revisionismus (dieser letztere Begriff wäre selber eine Analyse wert), von Verrat an den revolutionären Zielen; andererseits ist der demokratische Weg auch eine Folge der Tatsache, dass die Revolution als militärischer Massenaufstand in weite Ferne gerückt ist, ja immer mehr als unmöglich erscheint. Daraus ergeben sich aber zwei schwerwiegende Konsequenzen: erstens ist das Prinzip des demokratischen Wegs nicht frei von Zweideutigkeiten, und zweitens unterliegt ihm immer unterschwellig eine militaristische Klassenkampf-Ideologie. Es scheint mir von grosser Bedeutung, dass trotz der schon beinahe kultischen Beschwörung der Demokratie durch die linken Parteien nur vage Vorstellungen darüber bestehen, wie eine sozialistische Volksherrschaft, die diesen Begriff verdient, auch tatsächlich aussehen könnte – abgesehen vom riesigen Problem, wie sie angesichts der bestehenden Machtverhältnisse zu erreichen ist.

Die Herausforderung, die sich den Linksparteien meiner Meinung nach stellt, heisst: Klärung des Verhältnisses der Linksparteien zur Demokratie, das bedeutet: Erarbeitung von realistischen Zielen, von tragfähigen Alternativen zu den bestehenden Machtstrukturen, welche den "demokratischen Weg" und das demokratische Ziel unter Beweis stellen, welche insofern Elemente der sozialistischen Demokratie vorwegnehmen, einer Demokratie, die sich positiv abhebt sowohl vom bürgerlichen Demokratiespiel, als auch vom "demokratischen Zentralismus". Die theoretische und praktische Bewältigung der Frage der sozialistischen Demokratie, **die Realisierung einer sozialistischen Ethik**, kann als zentrale Auseinandersetzung der Linksparteien die Glaubwürdigkeit des demokratischen Wegs der Linken herstellen: eine Glaubwürdigkeit, welche sowohl berechtigte Hoffnung gibt, dass Sozialismus eine Demokratie "höherer Stufe" bedeutet, aber auch die Annahme berechtigt erscheinen lässt, dass der "demokratische Weg" die bestehenden Machtverhältnisse zu verändern vermag.

Diese Demokratievorstellung und die mit ihr verbundene sozialistische Ethik ist noch nicht erarbeitet, auch wenn man sagen kann, dass nicht bei Null anzufangen wäre. Von grosser Bedeutung scheint mir dabei die Schaffung einer Kultur der Auseinandersetzung widersprüchlicher Auffassungen und gegensätzlicher Interessen unter Einbezug möglichst grosser Mehrheiten. Der pseudodemokratische Weg kümmert sich entweder nicht um Minderheiten, oder unterdrückt sie, oder nährt eine Vorstellung von zu schaffender Gleichheit, die in Wahrheit eine Gleichschaltung bedeutet. Die Frage der Glaubwürdigkeit des demokratischen Weges, und damit die Glaubwürdigkeit der Linken, löst sich nicht allein in der Ausarbeitung eines schönen Modells des Sozialismus als Demokratie, sie muss auch durch die Praxis dieser Ausarbeitung gelöst werden. Die sozialistische Ethik fordert demokratische Prinzipien auf allen Ebenen.

*

Es ist mir klar, dass es leichter ist, Kritik und Forderungen vorzutragen, als innerhalb der Parteien, in der täglichen Arbeit stehend, grundsätzliche Auseinander-

setzungen zu führen. Ich möchte jedoch meine Kritik vor allem als Impuls verstanden wissen: eine ernsthafte Diskussion über die Probleme der Linksparteien scheint mir eine Chance, viele linke Intellektuelle, die nicht Mitglied einer Partei sind, einzubeziehen, und damit dem Teufelskreis zu entrinnen, wonach zuerst die Partei perfekt sein müsse, bis sich die Intellektuellen auf sie zubewegen. Ich halte eine theoretische Zeitschrift, wie sie hier vorliegt, für ein gutes Mittel, um Diskussionen, wie ich sie angetönt habe, anzuregen und durchzuführen. Es sollten allerdings möglichst alle linken Gruppierungen daran teilnehmen können, alle Linken; und es sollte dabei auch der Versuch gemacht werden, Diskurse zum Nutzen und Frommen einer einzigen Partei oder Gruppierung zurückzudämmen. Und das vielleicht Wichtigste: mit der Auseinandersetzung in einer theoretischen Zeitschrift sollten die Fragen und Probleme für die Parteien nicht abgeschoben und erledigt sein. Die Parteien sollten diese Zeitschrift vielmehr als Impuls für eigene, breite Auseinadersetzungen gebrauchen.

"Es stimmt, dass in gewissem Sinne die Bildung einer Partei niemals vollendet ist, in dem Sinne nämlich, dass jede Entwicklungsstufe neue Pflichten und Aufgaben schafft, und auch in dem Sinne, dass für gewisse Parteien das Paradoxon gilt, dass ihre Bildung erst dann abgeschlossen ist, wenn sie nicht mehr existieren, das heisst, wenn ihre Existenz historisch unnötig geworden ist."

Antonio Gramsci, Gefängnisheft 14 (1930 - 35)

"PARTEIENERGIEN FÜR DIE BEWEGUNGEN NUTZEN"

Interview mit Andreas Gross, Präsident der schweizerischen Jungsozialisten

Welches sind in der gegenwärtigen Situation die wichtigsten Funktionen und Aufgabenbereiche der Linksparteien?

Diese Frage möchte ich in Bezug auf die Jungsozialisten beantworten. Wir sehen uns nicht als "Linkspartei", sondern als sozialistische Jugendorganisation, welche einer Bewegung näher kommt als einer Partei. Dies war für uns schon so, bevor der Begriff "Bewegung" im Verlaufe des Sommers 80 eine so mächtige, im Doppelsinn des Wortes extrapolitische Bedeutung bekommen hat.

Die Aufgabe der Jusos, wie wir sie uns selber stellen, wird deutlich, wenn ich die vier hauptsächlichsten konzeptionellen Stossrichtungen nenne, die heute die Mehrheit der Juso-Sektionen prägen. Sie sind die Frucht einer breiten Grundsatzdiskussion von etwa 1978 bis 1980 und haben uns die Gründung und Reaktivierung zahlreicher Sektionen (bald Verdreifachung der Sektionen von 7 auf 21) und deren drastische Verjüngung erlaubt. Die Jugendbewegung 80/81 bestärkt uns, in dieser Richtung weiterzumachen.

So wollen Juso-Sektionen in allererster Linie einmal Orte sein, wo junge Menschen starke zwischenmenschliche Beziehungen entwickeln können, wo sie persönlich gerne hingehen, wo sie Leute treffen und mit ihnen diskutieren, mit denen sie dazu Lust haben. Dieses Ziel bedingt entsprechende Strukturen: Mit wöchentlichen Sitzungen zwischen 20 und 23 Uhr in einem verrauchten Saal oder Zimmer ist es nicht getan. Andererseits ist eine solche Zielsetzung aber nicht "unpolitisch", sondern im Gegenteil Grundlage jeder Politik: Denn derzeit und wohl auch in nächster Zukunft bedeutet ein sozialistisches öffentliches Engagement ein persönliches, mehr oder weniger grosses Risiko. Dies aber einzugehen, ist jemand nur dann bereit, wenn er auch irgendwo echt Geborgenheit und Sicherheit empfindet, was im wesentlichen das Produkt tiefer, starker und solidarischer Beziehungen mit Genossinnen und Genossen ist.

Zweitens ist eine Juso-Sektion der Ort gemeinsamer, gesellschaftlicher Orientierung. Ich sage Orientierung, um den Begriff "Bildung" zu vermeiden, der vielen Jugendlichen verständlicherweise einen zu hierarchischen, schulmeisterlichen und dogmatischen Beigeschmack hat. Doch wir arbeiten uns in periodischen Bildungsabenden durch die Vergangenheit und die gesellschaftlichen Fundamente, um uns in der Gegenwart orientieren und für die Zukunft gemeinsam eine Perspektive entwickeln zu können. Denn derjenige, der weiss, welche Faktoren in der Vergangenheit die Gegenwart zur Folge hatten, kann darüber nachdenken, welche Faktoren aus der Gegenwart in eine menschengerechtere Zukunft führen

könnten. Derjenige, der weiss, dass die Gegenwart nicht Zufall ist, der versteht auch, dass eine andere Zukunft möglich ist. Die gründliche Analyse unserer Geschichte und der vergangenen Klassenkämpfe verhindern gleichzeitig das Absinken in Pessimismus, ebenso wie die Illusion unmittelbar bevorstehender und rascher gesellschaftlicher Veränderungen, deren Nichteintreten dann wiederum Resignation und Rückzug ins Private zur Folge haben können.

Drittens versuchen Jusos ihre persönlichen Bedürfnisse und die politischen Begebenheiten und Notwendigkeiten in ihren Aktionen miteinander in Einklang zu bringen. Das heisst, es wird nicht bloss auf den politischen Kalender reagiert, und man richtet sich nicht nach den eingefahrenen Wegen politischer Mitbestimmung wie Wahlen, Abstimmungen, Initiativen und Referenden, deren Veränderungspotentiale so überaus zweifelhaft sind. Wir bestimmen Inhalt und Aktionsformen selber, auf der Basis unserer theoretischen Analysen, den praktischen Möglichkeiten, der politischen Situation und den individuellen Betroffenheiten und Bedürfnissen.

Viertens versuchen wir schliesslich im eigenen Lebensumfeld, und vor allem in der Juso-Sektion selbst, die sozialistischen Ziele soweit wie möglich Gegenwart werden zu lassen. Das heisst, wir versuchen aus Anspruch Wirklichkeit zu machen, unser Reden und Denken mit dem Handeln in Einklang zu bringen. Das ist vor allem in den lokalen organisatorischen Strukturen (kein Vorstand und Präsident, kollektive und gleichheitliche Bestimmung und Trägerschaft) und im Umgang mit- und untereinander gut möglich. Es zeigt uns aber auch, wie wir mit der Gesellschaft auch uns selber verändern müssen, beziehungsweise, dass auch Sozialisten von kapitalistischen und bürgerlichen Werten geprägt und belastet sind.

Die Juso-Sektion ist schliesslich auch der Ort, wo junge SP-Mitglieder und Gewerkschafter die Kraft finden, in diesen oft sklerosen und manchmal frustrierenden Organisationen nicht zu resignieren und weiterzukämpfen. Meiner Meinung nach ist eine Konzeption, wie ich sie für die Jusos skizziert habe und wie wir sie dort zu leben versuchen, auch für die SP zum längerfristigen Überleben unabdingbar, auch wenn deren Verwirklichung dort noch viel schwieriger ist als in einer Jugendorganisation. Wir haben hier den grossen Vorteil, nicht auf alle politischen Aktualitäten und Notwendigkeiten eingehen zu müssen, während der Anspruch einer Linkspartei doch breiter sein muss.

Welche theoretischen Überlegungen bestimmen Dich, neben persönlichen Motiven, zur Zeit in einer Partei aktiv zu sein?

Mein Engagement bei den Jusos kam weniger aus einer theoretischen Begründung als aus einer persönlichen Betroffenheit angesichts gesellschaftlicher Mißstände und des kollektiven, passiven, manchmal unbewussten Leidens, aber auch aus der Unkenntnis über die eigentlichen gesellschaftlichen Möglichkeiten, welche ich gemeinsam mit Gleichaltrigen und ähnlich Gesinnten überwinden und fruchtbar

machen wollte. Mein Engagement in der SP (seit 1974) ist schon eher theoretisch fundiert. Massgeblich war einerseits die Überlegung, dass die stärkste Kraft der sozialistischen Bewegung in der Schweiz nicht der sozialdemokratischen Rechten überlassen werden darf, welche sich auf sozialstaatliche Kosmetik beschränkt und den Kapitalismus polstern will. Vielmehr muss die Partei für grundsätzlichere Veränderungen im Sinne der abhängigen Bevölkerungsmehrheit nutzbar gemacht werden. Zudem weiss ich, dass sozialistische Veränderungen nur durch Bewegungen ausserhalb der Institutionen in allen Lebensbereichen möglich und von Dauer sind. Diese Bewegungen lassen sich aber aus den Institutionen heraus fördern, beziehungsweise deren Arbeits- und Kampfbedingungen lassen sich dort erleichtern. Hierfür müssen – in Anknüpfung an die ursprünglichen Zielsetzungen der SP-Gründer – die heutigen Machtpositionen der SP vor allem in den Parlamenten in Anspruch genommen werden.

Zudem ist die SP ein getreues Abbild unserer gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Auseinandersetzung in und mit ihr erlaubt es täglich, theoretische Analysen und Perspektiven mit der Wirklichkeit zu konfrontieren. Das ist zwar oft mühsam und hart, aber kaum absolut unnütz, und erweitert meist das eigene Gesichtsfeld. Diese Auseinandersetzung erlaubt mir auch, aus einer intellektuellen Isolation herauszukommen, in die einen Universität und einzelne Linksaussenkreise manchmal versetzten.

Glaubst Du, die Aufarbeitung solcher Motivations-Fragen sei sinnvoll und klärend sowohl für den Einzelnen wie für die Parteien?

Ich stelle mir solche Fragen immer wieder, in den letzten Monaten sogar sehr häufig. Ich glaube, durch eine allzu lange Verdrängung setzt sich eine Entfremdung sich selbst gegenüber in Gang, das heisst, man wird zum seelenlosen Bürokraten, Apparatschik und Politikfunktionär, von denen es soviele gibt, dass sie einem das politische Engagement fast verleiden könnten.

Eine Partei, die sich nicht immer wieder mit solchen Motivationsfragen ihrer Träger konfrontiert, wird nicht alt werden. Eine Linkspartei, welche dies nicht tut und sich nicht in Einklang mit den Bedürfnissen der Mitglieder zu bringen sucht, kastriert sich selber und wird zu einer inhaltsleeren Hülse und bleibt somit ohne politische Relevanz.

Verfolgst Du die aktuellen theoretischen und praktischen Diskussionen um die Möglichkeiten/Grenzen der Parteien? Gibt es für Dich dabei theoretische Grundlagen?

Es gibt nur wenige Fragen, die mich so beschäftigen wie diese. Ich versuche darüber so viel zu lesen, wie ich verkraften kann, was mir nur zu oft zu wenig scheint. Besonders verfolge ich die Debatten in der BRD um die Grünen, die Gründung einer linkssozialistischen Partei (Bahro, Offe, Negt, Huber, Sozialisti-

sches Büro, Argument u.a.) sowie die mehr politsoziologischen Debatten in Frankreich, die sich seit dem Bruch der Linksunion weniger an der politischen Aktualität denn an theoretischen Gerüsten orientieren (Tourraine, Pierre Birnbaum, Duverger, Castoriadis, in letzter Zeit vor allem André Gorz). Diese Autoren werden, im Vergleich zu den deutschen, in der Schweiz leider ebenso wenig zur Kenntnis genommen und verarbeitet wie britische vom Format eines Thompson, Hobsbawm, Milliband oder Anderson. Zentraler Impulsgeber ist bei vielen dieser Autoren natürlich Gramsci, auf dessen Gesamtwerk in deutscher Sprache ich aber immer noch sehnlichst warte.

Zur Erarbeitung einer für die schweizerische Gesellschaft und deren politischem System aussagekräftigen und handlungsanweisenden Theorie sollte man sich von diesen Theoretikern inspirieren lassen. Bisher gibt es diese Theorie aber nicht, vielleicht in sehr bescheidenen Ansätzen (Masnata, Bäumlin, Künzli). Sie kann wahrscheinlich auch nicht das Produkt eines Einzelnen sein, sondern nur das Werk eines Kollektivs auch theoretisch interessierter Sozialisten. Einen solchen kreativen Arbeitskreis werde ich dann aufzubauen versuchen, wenn ich bei den Jusos nicht mehr so aktiv bin wie heute.

Ich glaube, die Stagnation der sozialistischen Bewegung in der Schweiz, ebenso die weitverbreitete Resignation und die im Allgemeinen geringe politische Kreativität der Aktivisten, hat einen Zusammenhang mit der nicht einmal embryonal vorhandenen, auf die Schweiz bezogenen theoretischen Diskussion. Diese Theorie-Armut zeigt sich auch jetzt wieder im Zusammenhang mit dem neuen SPS-Programmentwurf, beziehungsweise sie schlägt jedem, der in diesem Zusammenhang eine Diskussion animieren will, wie eisiger Wind ins Gesicht. Ohne Theorie hängt die Praxis aber in der Luft und der Einzelne ist der Wirklichkeit schutzlos ausgesetzt. Dieser Zustand ist dann besonders gefährlich, wenn man vor dem Abgrund steht. Dann kann auch der kleinste Schritt in die falsche Richtung vernichtend sein. Im übrigen zeigt sich die Theoriefeindlichkeit der Schweizer Arbeiterbewegung auch im negativen Beigeschmack, der heute bei uns dem Begriff "Intellektueller" anhaftet. Dabei ist ein Intellektueller doch nur derjenige, der sich und sein Umfeld immer wieder hinterfragt und in Frage stellt, und dies tun noch lange nicht alle Akademiker, dafür aber viele, die nie an einer Universität gearbeitet haben. Ein bisschen sind wir natürlich auch selber schuld: Wir bemühen uns zu oft nicht genügend um Verständlichkeit und erliegen der Gefahr, arrogant zu erscheinen.

Betrachtest Du die Gefahren der Institutionalisierung, der Bürokratisierung, des Abbaus der innerparteilichen Demokratie als erheblich? Hältst Du die in den Parteien organisierten Mitglieder für fähig und geeignet, selbst darüber nachzudenken, oder muss diese Kritik von aussen kommen?

Alleine lässt sich gesellschaftspolitisch nichts ausrichten. Wir müssen uns zusammentun in Organisationen, ob es sich dabei nun um Parteien, Gewerkschaften,

Komitees, Bürgerinitiativen oder bewegungsähnliche Gebilde handelt, die in sich selber nur lose zusammengefügt und strukturiert sind.

Die innerorganisationellen Strukturen haben sehr viel mit den Inhalten zu tun, für die diese Organisationen wirken. Das heisst, dass nicht nur die Ziele immer die Wege prägen müssen, sondern auch, dass eine in sich selbst undemokratische Partei prinzipiell schlecht für die Demokratisierung kämpfen kann. Es kann nur derjenige glaubwürdig von Selbstverwaltung reden, der in seiner eigenen Organisation Macht so viel wie möglich delegiert und diese delegierte Macht zugleich einer klaren, ständigen demokratischen Kontrolle durch jene unterwirft, welche die Macht von sich weggeben, eben delegiert haben. Ich glaube schon, dass beispielsweise in der SP die grosse Mehrheit der Genossen fähig ist, darüber nachzudenken und entsprechende Reformen zu initiieren und mitzutragen. Bloss sind die schon alten und entsprechend gefestigten Strukturen manchmal so eingefahren und deren Veränderung so mühsam, dass ohne Druck von aussen (alternative Strukturen in Bewegungen, Bürgerinitiativen etc.) die Gefahr der Resignation innerhalb der Parteien gross wäre. Ohne dass dies als Misstrauensvotum gegenüber den Genossen in den Organisationen interpretiert werden muss, kann man folglich sagen, dass der Druck von aussen niemals entbehrt werden kann.

Noch bedenklicher scheint mir allerdings die Beobachtung, dass beispielsweise die Bundespolitik immer mehr von grossen Verbänden und Organisationen "gemacht" wird, die in sich selber mehr oligarchisch und autokratisch funktionieren als demokratisch. Aus zwei Gründen ist deshalb die Demokratie in der "Eidgenossenschaft" in Frage gestellt: Weil der Einzelne in den Organisationen kaum mehr zum Zuge kommt und die wenigen Verbände, welche wirklich etwas zu sagen haben (Vorort, Arbeitgeberverband, Gewerbeverband, Bauernverband, teilweise auch die Gewerkschaften und das bürgerliche Parteienkartell), von einer Profikaste gemanagt werden, welche die Dunkelkammer der Bundespolitik ausmachen. In diesem System spielt das Parlament beispielsweise nur noch die Rolle eines Korrektivs, es ist eine Dampfablassmöglichkeit und dient zur Verhinderung der gröbsten Fehler. Ein politisches System, das dadurch gekennzeichnet ist, dass einerseits immer weniger Bürger sich darum kümmern und andererseits einige wenige in sich undemokratische Verbände immer mehr zu sagen haben, kann nicht demokratisch genannt werden.

Wie kann und muss Deiner Meinung nach dem zunehmenden Trend nach Rückzug aus den traditionellen politischen Formen (Abstinenz, Resignation einerseits, Jugendbewegung anderseits) begegnet werden?

Es stimmt: die wesentliche Politik findet immer mehr ausserhalb der Parteien statt. Einerseits in den grossen, oben genannten Wirtschaftsverbänden, deren Hegemonie auf bundesstaatlicher Ebene ganz besonders ausgeprägt ist. Andererseits in eher spontanen Bürgergruppierungen (Komitees, Quartiergruppen, Bürgerinitiativen), die sich jeweils auf einen Themenbereich beschränken. Im weiteren

wird auch jener Teil der Bürgerschaft, welcher sich überhaupt um gesellschaftliche Fragen kümmert, sukzessive kleiner.

Als entscheidende Voraussetzungen dafür, dass diesem Trend erfolgreich begegnet werden kann, erachte ich folgende zwei Massnahmen: Erstens muss die tägliche Arbeitszeit wesentlich verkürzt werden (ohne allerdings die Arbeitsintensität zu steigern), Richtwerte wären dabei etwa die 30, beziehungsweise die 24-Stunden-Woche. Die Menschen müssen sich überhaupt einmal die Zeit wieder zurückgeben, die nötig ist, wenn sie sich mit ihren Betroffenheiten am Arbeitsplatz, im Quartier, in der Familie auseinandersetzen wollen. Selbstverwaltung braucht Zeit, die heute dem Bürger im allgemeinen nicht zur Verfügung steht. Die tägliche Arbeitszeit müsste dann nicht so drastisch verkürzt werden, wenn einerseits die Arbeitswege in sie miteinbezogen würden, ebenso wie die Dauer der täglichen Betriebsversammlungen zur kollektiven und demokratischen Betriebsverwaltung.

Die zweite Voraussetzung steht in engem Zusammenhang mit der ersten: Demokratie wird erst dann wieder motivierend und mobilisierend, wenn sie auch im Alltag, im Werktag, am täglichen Arbeitsplatz, eingeführt wird. Wer fünf Tage pro Woche in einer Wirtschaftsdiktatur lebt, der kümmert sich am siebenten einen Deut um die politische Demokratie. Zumal auch diese Politik in der Schweiz der Wirtschaft untergeordnet ist. Das heisst: auch in der Politik gelten Bedürfnisse der Bürger weit weniger als die Interessen des Kapitals.

Die bürgerliche Demokratie, in der sich die Demokratie auf einen formalen Anspruch reduziert, bringt im Zusammenhang mit der Hegemonie kapitalistischer Werte (Individualität, Konkurrenz, Produktivität) die politische Passivität des Einzelnen mit sich, beziehungsweise hat daran auch ein Interesse. Die sozialistische Demokratie, wie ich sie verstehe, nimmt den Anspruch der bürgerlichen Demokratie auf, überwindet deren Formalität, füllt sie mit täglichem Inhalt, macht aus der "Sonntagsdemokratie", wie es ein alter Spanienkämpfer in Dindos Film sagte, eine Werktags- und Alltagsdemokratie.

Als selbstverständlich erachte ich, dass sich die traditionellen politischen Organisationen entmisten, ihre Strukturen entrümpeln, oligarchische Tendenzen erkennen und ihnen begegnen, ihren gesellschaftlichen Demokratisierungsanspruch ernst nehmen und auch bei sich selber zur Praxis machen.

Gibt es heute Aufgaben, welche den Parteirahmen grundsätzlich überschreiten? Welche Formen sind an die Stelle der Parteien zu setzen? Welche theoretischen Fundamente stehen ihnen zur Verfügung? Wer wären dann die Träger des politischen Denkens und Handelns?

Die Gesellschaft wird kaum durch die Parteien allein verändert, sondern durch soziale Bewegungen in allen Lebensbereichen. Aufgabe von Sozialdemokraten ist es meiner Ansicht nach, einerseits in einer dieser zahlreichen und vielfältigen Be-

wegungen aktiv zu sein und andererseits in der SP-Sektion Erfahrungen, Bedürfnisse und Forderungen "seiner" Bewegung (Betrieb, Fabrik, Büro, Jugend, Quartier, Anti-AKW, Anti-Autobahn, Kindertagesstätten, Eltern etc.) in die Sektion einzubringen, sowie sich in der Partei um die übrigen gesellschaftlichen Belange mitzukümmern. Die Linksparteien – die Frage des Parteienpluralismus auf der Linken wäre hier ganz nebenbei gesagt als Schwerpunktsthema für eine kommende 'Widerspruch'-Nummer zu empfehlen – würden so vielmehr zu eigentlichen Formen politisch besonders sensibilisierter Bürger, welche sich um Bürgernähe und Verankerung in der sozialen Bewegung nicht mehr ängstigen müssten. Dabei müsste den Parteien bewusst sein, dass ihre Aufgaben im Abstützen und Vorantreiben der Bewegungen bestünden und nicht – wie derzeit in Zürich manchmal zu beobachten – in der Unterordnung, beziehungsweise Instrumentalisierung der Bewegungen zugunsten parteiegoistischer Positionen.

Eine SP-Sektion sollte dann meiner Ansicht nach noch etwa 50 Prozent ihrer Energien der institutionellen Arbeit widmen (Parlament, Regierung, Abstimmungen), welche ganz im Interesse der einzelnen sozialen Bewegungen konzipiert würde, während die anderen 50 Prozent der Energien der aktiven SP-Mitglieder den Bewegungen zukommen würden. Ein solches Parteien-Konzept käme auch aktuellen Begebenheiten entgegen (Parteienaversion, Attraktivität der Einpunktbewegungen) und hätte wesentliche Umorientierungen zur Folge (neue Einschätzung der Rolle des Staates bei der sozialistischen Veränderung, Abbau der Konzentration der Energien auf die offiziellen Politik-Kanäle etc.). Was die Träger des politischen Handelns betrifft, so glaube ich immer mehr, dass Bahro und Gorz Recht haben mit ihrer Annahme, dass wir uns künftig noch mehr von einer rigiden Klassenkonzeption lösen müssen. Nicht was die strukturellen Interessensgegensätze betrifft, jedoch aber deren Erscheinungsbilder und der sozialen Betroffenheiten unter Berücksichtigung der herrschenden Ideologie und die daraus folgende Besetzung der Köpfe.

So ist von ökologischen Fragen tatsächlich jeder Bürger betroffen. Wichtig ist, dass der Einzelne auf Grund einer für ihn wichtigen, auch intellektuell vermittelten Betroffenheit "einsteigt". Inwiefern dies für ihn zum Beginn eines eigentlichen Politisierungsprozesses wird, hängt nicht zuletzt von der Arbeit und Glaubwürdigkeit der Sozialisten in den einzelnen sozialen Bewegungen ab, in denen sich Betroffene engagieren. Dort müssen wir in die jeweils dem Handeln zugrundeliegenden Analysen die Klassengegensätze und alles, was aus ihnen folgt, einbringen.

Welche Funktion billigst Du heute "freischwebenden" Linksintellektuellen zu? Welche Möglichkeiten haben sie, welchen Grenzen sind sie unterworfen? Welches Verhältnis haben sie zu den Parteien einzunehmen?

Ich glaube nicht, dass ich diese Frage zufriedenstellend beantworten kann. So "freischwebend" wie sie sich manchmal aus medientaktischen Gründen geben,

sind diese Intellektuellen ja oft gar nicht. Wären die Parteien und linken Organisationen "intellektueller", das heisst selbstkritischer und für Kritik aus den eigenen Reihen offener und empfänglicher, würden sie sich mehr hinterfragen und in ihren Strukturen durchlässiger sein, dann glaube ich, würde auch einem Intellektuellen die Lust 'freischwebend' zu sein, vergehen. Er hätte Lust, sich in einer Bewegung, in einer solchen Partei zu engagieren. Zumal wenn die Öffentlichkeit weniger der Fiktion "Objektivität" erliegen würde und die veröffentlichte Öffentlichkeit auch Leuten mit Positionen im Sinne eines echten Pluralismus offener stände. Sicher sind die "Freischwebenden" Impulsgeber, unbequeme Frager. Doch ich meine eben, die Parteien müssen sich in dem Sinne verändern, dass dies auch aus ihnen heraus möglich ist. Wenn jemand meint, er könne "freischwebend" – der Begriff ist ja sozial wie physikalisch ein Widersinn – auf Bewegungen einfach ab und zu mal Einfluss nehmen, dann hat er noch zu wenig nachgedacht über die Einheit von Theorie und Praxis sowie die Hierarchie und Individualität. Doch diese Fragen liessen sich am besten in der Debatte mit Einzelnen beantworten, die immer noch meinen, in dieser Gesellschaft, in deren Strukturen sie ja auch hineingeboren worden sind, "frei" "schweben" zu können.

Wie lässt sich nach Deiner Ansicht das heute vorhandene intellektuelle Potential in der Schweiz organisieren? Wie lässt es sich an eine Praxis vermitteln?

Die Frage hat mir – um es vereinfacht zu sagen – einen zu leninistischen Unterton. Menschengruppen "lassen sich nicht einfach organisieren". Man muss ihnen als Organisierter auseinandersetzen, weshalb man die Organisation in einem ganz bestimmten Zusammenhang und unter ganz bestimmten Voraussetzungen (Demokratisierung der Organisationen usw.) für notwendig und dringlich hält. Im Hinblick auf diese Auseinandersetzung kann auch diese neue Zeitschrift einen wesentlichen Beitrag leisten.

Was sagst Du zu dem Versuch, diese Fragen in einer theoretischen Zeitschrift aufzurollen? Gibt es Deiner Ansicht nach schon genügend solcher Versuche? Würde es Dich grundsätzlich interessieren, an solchen doch mehr traditionellen Formen des öffentlichen Nachdenkens mitzumachen?

Sicher hat die Schweizer Linke schon genügend Zeitschriften. Jeder stöhnt doch über die Papierstösse zu Hause, deren Lektüre er zeitlich kaum mehr verkraftet. Gleichzeitig glaube ich aber, dass theoretische Fragen wie die vorstehenden in Zeitschriften wie "tell", "smog", "virus" und "konzept" viel zu wenig grundsätzlich und auch zu wenig kontrovers und damit motivierend Beachtung geschenkt wird. Das gilt leider auch für die SP-Presse, während im "Vorwärts" und in der "PZ" der Raum beschränkt scheint und in "Bresche" und "positionen" zu viel Inzucht und zu wenig linker Pluralismus gepflegt wird. Sollte sich dies in Zukunft – vielleicht unter dem Einfluss von "Widerspruch"? – nicht ändern, so ist

eine neue, mehr auf die Theorie und deren Verbindung mit der Praxis angelegte Zeitschrift notwendig. Wichtig ist aber, dass wir nicht einfach isoliert theoretische Überlegungen wälzen, sondern dass wir uns daran erinnern, dass dies nur in einem praktischen Zusammenhang sinnvoll ist. Die Voraussetzung, dass dieses, wie richtigerweise erwähnt, eher traditionelle Instrument des kollektiven Nachdenkens nicht stumpf und wirkungslos wird, ist allerdings, dass es ausnahmslos allen offen steht, welche sich dem Sozialismus verpflichtet fühlen. Die Redaktion soll dabei zwar koordinieren, anregen und planen, auf keinen Fall jedoch einschränkend und zensorisch eingreifen. Absolute Offenheit ist in diesem Zusammenhang zentral.

Findest Du all diese Fragen überhaupt nützlich? Wenn nein, was stört Dich daran? Wenn ja, warum hast Du sie bisher nicht oder kaum gestellt? Wen siehst Du als Partner solcher Erörterungen?

An diesen Fragen stört mich höchstens, dass ich sie nur so unvollkommen und ansatzweise beantworten kann. Jede verdiente eine eingehende Analyse und Darlegung. Es ist möglich, dass sich dies in einem Rundtischgespräch, das man hätte aufzeichnen und dann redigieren müssen, fruchtbarer und handlungsweisender verwirklichen liesse. Einzelnen dieser Fragen werde ich auch in meiner Arbeit als Universitätsassistent nachzugehen versuchen. Als Partner zu deren Beantwortung sehe ich alle, die sich von diesen Fragen angesprochen fühlen.

"Es kann keine starke sozialistische Partei geben, wenn es keine revolutionäre Theorie gibt, die alle Sozialisten vereinigt, aus der sie all ihre Überzeugungen schöpfen und die sie auf die Methoden ihres Kampfes und ihrer Tätigkeit anwenden; wenn man eine solche Theorie, die man nach bestem Wissen für richtig hält, vor unbegründeten Angriffen und Versuchen, sie zu verschlechtern, schützt, so heisst das noch keineswegs, ein Feind JEDER Kritik zu sein. Wir betrachten die Theorie von Marx keineswegs als etwas Abgeschlossenes und Unantastbares; wir sind im Gegenteil davon überzeugt, dass sie nur das Fundament der Wissenschaft gelegt hat, die die Sozialisten nach allen Richtungen weiterentwickeln MÜSSEN, wenn sie nicht hinter dem Leben zurückbleiben wollen."

Wladimir I. Lenin, Unser Programm (1899)